

Zusammenfassung der Antworten der Kandidaten und Parteien auf acht Fragen der "Bürgerinitiative Frankenforst" im Vorfeld zur NRW-Landtagswahl 2017 - Stand 25.04.2017								
Partei - Kandidat	CDU Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidat Mdl. Holger Müller	Ortsverband Bergisch Gladbach Vorsitzender Andreas Ebert Stadtrat Wahlbezirk 18 - Refrath-Mitte / Kippekausen	SPD Unterbezirk Bergisch Gladbach Direktkandidatin Vera Werdes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Rhein-Berg Direktkandidat Friedhelm Weiß	FDP Kreisverband Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidatin Anita Rick-Blunk	DIE LINKE Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis	DIE LINKE Einzelratsmitglied T. Santilan	AfD - Stadtverband Direktkandidaten Thomas Kunze und Sebastian Weihrauch
<b>Frage der BI-Frankenforst</b> <b>Frage 1:</b> Befürworten Sie die vorliegende Planung aus dem aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplans für die neuen Gewerbegebiete Frankenforst?	Weder JA noch NEIN	Weder JA noch NEIN	Weder JA noch NEIN	NEIN	JA	NEIN	NEIN	NEIN
	<b>Kurzer Kommentar:</b> Als Landtagsabgeordneter bin ich in Sachen Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach weder zuständig noch beteiligt. Dies liegt ausschließlich in der Entscheidungshoheit der Stadt Bergisch Gladbach.  Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Geduld bis zum 20.06.2017 bitten. Ich bin aber nach wie vor gerne bereit mit Ihnen ein persönliches Gespräch über diese Fragen zu führen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen.  Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Geduld bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen.  Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Geduld bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Keine Fortführung des aktuellen Verfahrens ohne vorherige Formulierung der politischen Ziele der Stadt.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Wie sind der Meinung, dass unsere Stadt weitere Gewerbeflächen braucht - alleine schon, damit die bestehenden Unternehmen ihren Geschäftsbetrieb und damit auch die Arbeitsplätze weiter hier bei uns belassen können. Die Menschen hier haben ein Recht auf Arbeitsmöglichkeiten und Ausbildungsplätze in ihrer Nähe - und die Handwerker und Dienstleister brauchen Auftraggeber über die private Kundschaft hinaus. Es ist grundsätzlich sinnvoll, dafür Gebiete auszuwählen, die eine möglichst gute Verkehrsanbindung haben. Autobahnnahe ist hier ein Hauptkriterium. Daher unterstützen wir auch den Vorschlag eines neuen Gebietes Oberschbach 2. Überregionale Regelungen begrüßen wir grundsätzlich - sie dürfen jedoch nicht zum alleinigen Ergebnis haben, dass das Gewerbesteueraufkommen und die Arbeitsplätze abwandern und der Verkehr dennoch über unser Stadtgebiet fließt. (Das gälte übrigens auch für neue Wohngebiete in unseren bergischen Nachbargemeinden.) Also müssen wir auch hier entsprechende Flächen anbieten - mit Augenmaß dafür, wohin im Detail und welche Art des Gewerbes in die jeweiligen Gebiete passt. Und mit einer analytischen Einschätzung des damit verbundenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.	<b>Kurzer Kommentar:</b> DIE LINKE hat sich schon vor der Kommunalwahl 2014 gegen unnötige Gewerbegebiete ausgesprochen, damit Bergisch Gladbach ein attraktiver Wohnstandort bleibt. Für mittelständische Unternehmen müssen ungenutzte Gewerbeflächen Vorrang vor Neuausweisung von Gewerbeflächen haben. Einen Wettbewerb um die besten autobahnnahe Arealen wird DIE LINKE nicht unterstützen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> NEIN	<b>Kurzer Kommentar:</b> Die Waldflächen nördlich der A 4 schützen das benachbarte Wohngebiet vor Emissionen von dieser Autobahn und müssen deshalb erhalten bleiben.
<b>Frage 2:</b> Sind Sie für die Einrichtung eines Bestandsschutzes für die Waldflächen entlang der Autobahn als Grün- und Waldfläche, aber auch als FFH-Umgebungsschutz des Königforsts im Flächennutzungsplan?	Weder JA noch NEIN	Weder JA noch NEIN	Weder JA noch NEIN	JA	JA	JA	JA	JA
	<b>Kurzer Kommentar:</b> Als Landtagsabgeordneter bin ich in Sachen Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach weder zuständig noch beteiligt. Dies liegt ausschließlich in der Entscheidungshoheit der Stadt Bergisch Gladbach.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen.  Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Geduld bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen.  Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Geduld bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> JA	<b>Kurzer Kommentar:</b> Die Grünstreifen rund um die Autobahn gehören nicht zum Einflussgebiet der Kommune. Wir unterstützen jedoch Lösungen, die einen ausreichenden Lärm- und Emissionsschutz und auch den Verbleib oder die Einrichtung von Grünstreifen hin zur Wohnbebauung bieten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Der Schutz von Lebensräumen von Tieren und Pflanzen kommt längerfristig immer auch dem Menschen zugute. Natur ist unser aller Lebensgrundlage. Naturflächen reagieren sensibel auf menschliche Eingriffe; ein jahrzehntlang entwickeltes Öko-System einmal zerstört, ist kaum in der ursprünglichen Funktionsweise wiederzubeleben. Darum brauchen wir eine ökologisch-orientierte Landschaftsplanung.	<b>Kurzer Kommentar:</b> JA	<b>Kurzer Kommentar:</b> Klares "Ja" für den Bereich nördlich der A 4. Wir halten es aber auch für sinnvoll, die im Stadtgebiet Bergisch Gladbach verstreuten Industrie- und Gewerbeflächen langfristig durch Wohngebiete oder Grünflächen zu ersetzen, um so die Lebensqualität im Stadtgebiet weiter zu erhöhen. Dazu müsste am Stadtrand ein neues zusammenhängendes Industrie- und Gewerbegebiet geschaffen werden, möglichst in Autobahnnahe. Es wäre zu prüfen, ob hierfür ein Streifen südlich der A 4 zwischen den Anschlussstellen Bensberg und Moltfeld in Betracht kommt.
<b>Frage 3:</b> Befürworten Sie den Plan eines Autobahnzubringers über den Bahndamm?	NEIN	JA	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
	<b>Kurzer Kommentar:</b> Ich halte einen Autobahnzubringer über den Bahndamm für nicht umsetzbar. Das gilt insbesondere auch für die Finanzierbarkeit der Maßnahme. Im Übrigen bin ich persönlich der Meinung, dass sich die heutige Verkehrssituation nicht mit den Planungen, die vor 40 Jahren erstmals entworfen wurden, umsetzen lassen. Die aktuelle SPD-Landtagskoleggin hat sich immer für einen Autobahnzubringer über den Bahndamm eingesetzt. Der Kollege Deppe und ich haben eine kleine Anfrage an das Ministerium gestellt; die Antwort war nichtsagend, obwohl von Seiten der SPD immer wieder suggeriert wird, die Sache sei auf einem guten Weg. Das sehe ich nicht so. Das Land Nordrhein-Westfalen hat Riesenaufgaben (z.B. Leverkusener Autobahnbrücke) zu bewältigen.  <b>Nachtrag 25.04.2017:</b> Sie bewerten meine Aussage zu Frage 3 mit „Weder ja noch nein“. Wenn ich eine Maßnahme für nicht umsetzbar halte, bin ich nach meiner Denkart dagegen. Ich dachte, das sei klar: Also nein. Dies habe ich im Übrigen auch bei meiner Kandidatenaufstellung gesagt.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Die Ortsumgehung Refrath über die Bahndammtrasse ist eine alte Forderung der SPD, die nach wie vor Bestand hat. Im Mobilitätskonzept zum Flächennutzungsplan ist die Notwendigkeit der Ortsumgehung erneut bestätigt worden. Die SPD steht zu Ihren Aussagen aus den vergangenen Kommunal- und Landtagswahlkämpfen und setzt sich für die Ortsumgehung über den alten Bahndamm ein. Wenn man die ganze Stadt Bergisch Gladbach im Blick hat, also auch die vom Stau geprägten Stadtteile Refrath, Heidkamp, Gronau & Co., dann halte ich den Autobahnzubringer über Bahndamm für notwendig. Auch wenn ich verstehen kann, dass ihn die Anlieger in Frankenforst, Lückerrath, Bensberg & Co. ablehnen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Die Ortsumgehung Refrath über die Bahndammtrasse ist eine alte Forderung der SPD, die nach wie vor Bestand hat. Im Mobilitätskonzept zum Flächennutzungsplan ist die Notwendigkeit der Ortsumgehung erneut bestätigt worden. Die SPD steht zu Ihren Aussagen aus den vergangenen Kommunal- und Landtagswahlkämpfen und setzt sich für die Ortsumgehung über den alten Bahndamm ein. Wenn man die ganze Stadt Bergisch Gladbach im Blick hat, also auch die vom Stau geprägten Stadtteile Refrath, Heidkamp, Gronau & Co., dann halte ich den Autobahnzubringer über Bahndamm für notwendig. Auch wenn ich verstehen kann, dass ihn die Anlieger in Frankenforst, Lückerrath, Bensberg & Co. ablehnen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> NEIN	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie wissen aus unseren Veröffentlichungen und auch aus meinen Beiträgen zum diesbezüglichen Bürgerstammtisch vor wenigen Wochen, dass wir eine klare Priorität für eine Autobahn-Anbindung mit Anschluss an das Merheimer Kreuz haben. Dieses Konzept haben wir schon vor über einem Jahr ausführlich auch in der Presse vorgestellt; es wird auch von Kölner Seite unterstützt. DASS unsere Stadt eine Verkehrsentlastung braucht, ist für uns völlig klar. Ebenso, dass der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und attraktiver gemacht werden muss. Ein sinnvoller Mix aus allen Verkehrsmitteln, kombiniert mit einer digitalisierten Steuerung der Verkehrsströme wird zwar dafür sorgen können, dass bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung die Straßen nicht noch weiter belastet werden. Wir brauchen dennoch eine Trasse, die den Verkehr aus den nord-westlichen Stadtteilen und aus der Stadtmitte abfließen lässt - und zwar nicht nur über die Gladbacher Straße (das werden uns die Kölner sehr schnell und drastisch deutlich machen) und über die Dolmanstraße in Refrath.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Durch einen Autobahnzubringer über den Bahndamm müssten jahrzehntlang gewachsene Lebensräume für Mensch und Natur unwiederbringlich zerstört werden. Das wollen wir verhindern.	<b>Kurzer Kommentar:</b> NEIN	<b>Kurzer Kommentar:</b> Dieses Vorhaben sollte aufgegeben werden. Vorzugsweise wäre eine Süd-Westanbindung des Stadtzentrums von Bergisch Gladbach über Kölner Gebiet.

Zusammenfassung der Antworten der Kandidaten und Parteien auf acht Fragen der "Bürgerinitiative Frankenforst" im Vorfeld zur NRW-Landtagswahl 2017 - Stand 25.04.2017

Partei - Kandidat	CDU Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidat Mdl. Holger Müller	Ortsverband Bergisch Gladbach Vorsitzender Andreas Ebert Stadtrat Wahlbezirk 18 – Refrath-Mitte / Kippekausen	SPD Unterbezirk Bergisch Gladbach Direktkandidatin Vera Werdes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Rhein-Berg Direktkandidat Friedhelm Weiß	FDP Kreisverband Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidatin Anita Rick-Blunk	DIE LINKE Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis	DIE LINKE Einzelratsmitglied T. Santillan	AfD - Stadtverband Direktkandidaten Thomas Kunze und Sebastian Weirauch
<b>Frage der BI-Frankenforst</b>								
<b>Frage 4:</b> Befürworten Sie den Plan für die Verlängerung eines Autobahnzubringers Bahndamm über die Brüderstraße zur Autobahn-Ausfahrt Bensberg?	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> In Konsequenz zu Frage 3.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Die Anbindung der Bahndammtrasse über die Brüderstraße – also parallel zur Autobahn – ist in der Machbarkeitsstudie im Jahr 2003 untersucht und verworfen worden. Meiner Meinung nach zurecht. Mir liegen heute keine Informationen vor, die diese Meinung ändern würden. In den letzten Wochen hat Stadtbaurat Flüge dieses Thema erneut ins Gespräch gebracht. Mir ist allerdings nicht bekannt, warum. Weiter Informationen legen mir nicht vor.	Weder JA noch NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Die Anbindung der Bahndammtrasse über die Brüderstraße soll in einer Machbarkeitsstudie, die das Land NRW bezahlt, überprüft werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung möchte ich abwarten, bevor ich mir ein Urteil dazu erlaube.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Die Anbindung der Bahndammtrasse über die Brüderstraße soll in einer Machbarkeitsstudie, die das Land NRW bezahlt, überprüft werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung möchte ich abwarten, bevor ich mir ein Urteil dazu erlaube.	Weder JA noch NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Eine Trasse über den alten Bahndamm, die nur auf die Kölner Straße umleitet, verdient für uns die Bezeichnung „Autobahnzubringer“ nicht, weil sie das Verkehrschaos lediglich verlagern würde. Einem wirklichen verlängerten Zubringer zur A4 stehen wir nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber (wobei hier natürlich in den letzten Jahren Fakten geschaffen wurden, die eine solche Verlängerung ohnehin nahezu unmöglich machen). Hier käme es auf die Ausgestaltung an, von der es abhängt, wie Belastend einerseits und ENTlastend andererseits eine solche Lösung mit all den künftigen - auch technischen - Rahmenbedingungen aussehen kann.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Durch einen Autobahnzubringer über den Bahndamm müssten jahrzehntelang gewachsene Lebensräume für Mensch und Natur unwiederbringlich zerstört werden. Das wollen wir verhindern.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b>	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Der Ausbau ist zumindest für den Teil der A 4 gerechtfertigt, der nahe Köln liegt und starkem Pendlerverkehr unterliegt. Der Ausbau muss aber in südliche und nicht in nördliche Richtung erfolgen (siehe oben).
<b>Frage 5:</b> Befürworten Sie den Ausbau der Autobahn A4 zu Lasten der Waldfläche entlang der Autobahn A4?	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Grundsätzlich stehe ich einem Ausbau der Autobahn A4 positiv gegenüber.	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Die letzten Diskussionen in der SPD gehen in die Richtung, auf einen Autobahnausbau ausschließlich in südlicher Richtung hinzuwirken, weil wir der Auffassung sind, dass der Abstand der Autobahn zu dem Wohngebiet, in dem Sie wohnen auf keinen Fall verringert werden sollte. Die Diskussion ist aber noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich ist aber zu sagen, dass der Autobahnausbau in der Zuständigkeit des Bundes liegt und von hier aus nur indirekt beeinflusst werden kann. Da die Federführung der Baumaßnahme aber beim Landesbetrieb Straßen liegt, wäre es von Vorteil, wenn wir im Wahlkreis 21 mit Vera Werdes ein SPD-Direktmandat im Landtag hätten, die ihren Einfluss geltend machen würde. Also: Wählen gehen!	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Die letzten Diskussionen in der SPD gehen in die Richtung, auf einen Autobahnausbau ausschließlich in südlicher Richtung hinzuwirken, weil wir der Auffassung sind, dass der Abstand der Autobahn zu dem Wohngebiet, in dem Sie wohnen auf keinen Fall verringert werden sollte. Die Diskussion ist aber noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich ist aber zu sagen, dass der Autobahnausbau in der Zuständigkeit des Bundes liegt und von hier aus nur indirekt beeinflusst werden kann. Da die Federführung der Baumaßnahme aber beim Landesbetrieb Straßen NRW liegt, streben wir an, auch dort unseren Einfluss geltend zu machen.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b>	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Ein Ausbau der A4 ist zwingend notwendig. Nach der Maueröffnung fließt ein erheblicher Teil des Ost-West-Verkehrs über diese Autobahn. Wer jeden Morgen die Auffahrt zum Beispiel Moltzfeld nutzen muss (aus Bensberg, Moltzfeld, Herkenrath, Kürten etc. kommend), für den ist diese Notwendigkeit tagtäglich erlebbar. Diesen Ausbau begrüße auch ich ohne wein und aber.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Einen Ausbau der A4 halten wir weder ökologisch noch verkehrstechnisch für nachhaltig. Er würde den Verkehr nur relativ kurzfristig entlasten, langfristig aber weiteren Verkehr generieren. Ein entsprechender Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs sollte hier Vorrang haben.	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b>	NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Der Ausbau ist zumindest für den Teil der A 4 gerechtfertigt, der nahe Köln liegt und starkem Pendlerverkehr unterliegt. Der Ausbau muss aber in südliche und nicht in nördliche Richtung erfolgen (siehe oben).
<b>Frage 6:</b> Befürworten Sie ein Nachtflugverbot am Kölner Flughafen?	Weder JA noch NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Die Nachtfluggenehmigung gilt bis 2030. Deshalb stellt sich die Frage für mich aktuell nicht. Immer wieder haben lokale SPD-Politiker vor Ort ein Nachtflugverbot gefordert. Die SPD-Landtagsfraktion sowie die rot/grüne Landesregierung sehen das aber völlig anders. Noch bei der letzten diesbezüglichen Diskussion im Landtag im letzten Jahr sagte der SPD-Abgeordnete Ott, man müsse evtl. sogar über eine Verlängerung der Genehmigung nachdenken. Der grüne Abgeordnete Klotze bezieht sich auf die Genehmigung bis 2030. Auf die Frage, dass der Landesparteiag der Grünen ein Nachtflugverbot forderte, antwortete er: "Natürlich müsste man sich an die Genehmigung bis 2030 halten." Dazu kann ich nur feststellen: "Nicht an Ihren Worten, an Ihren Taten sollt ihr sie erkennen." Die SPD-Tascherei vor Ort lügt mich in der Tat. <b>Nachtrag 25.04.2017:</b> Herr Ebert behauptet wahrheitswidrig, ich sei gleichzeitig Landtagsabgeordneter und Mitglied des Flughafens Aufsichtsgremiums gewesen. Mitglied des Landtags wurde ich im Mai 2005, ausgeschlossen aus dem Aufsichtsrat des Flughafens bin ich im November 2000. Übrigens: Auch Frau Hammelrath hat 2012 erklärt, sie würde sich gegen den Nachtflug einsetzen. Passiert ist nichts, da die SPD-Landtagsfraktion klipp und klar für den Nachtflug in Köln/Bonn ist!	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Vera Werdes hat sich für ein Nachtflugverbot ausgesprochen. Das unterstütze ich sehr, weil ich auch vom Fluglärm betroffen bin. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die damalige CDU/FDP-Landesregierung eine Nachtflugerteilung – wenn ich richtig informiert bin bis zu Jahr 2030 – erteilt hat. Gegen diese Erlaubnis ist damals geklagt worden und die Klagen sind abgewiesen worden. Heute gibt es deshalb keine Möglichkeit gegen die Nachtflugerteilung vorzugehen. Das ist erst wieder 2030 möglich. Vielleicht interessiert es Sie, dass Herr Müller – heute hier CDU-Kandidat – damals Mitglied der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied in Aufsichtsgremien des Flughafens war. Er kann sicher ganz genau sagen, wie es damals zu dieser Erlaubnis gekommen ist.	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Im Landtag werde ich mich gegen Fluglärm einzusetzen. Allerdings sind die aktuellen Nachtflugverträge bis 2030 gültig. Unterschrieben hat diese Verträge 2008 der ehemalige Landesverkehrsminister Oliver Wittke (CDU). Ich werde mich dennoch, im Rahmen des Möglichen, für eine Verringerung einsetzen. Beispielsweise durch den Einsatz von leiseren Flugzeugen durch höhere Gebühren für laute Flugzeuge, eine Einhaltung der Flugkorridore usw. Unsere Familie leidet selbst unter dem Fluglärm und kann nur bei geschlossenem Fenster schlafen.	JA <b>Kurzer Kommentar:</b>	Weder JA noch NEIN <b>Kurzer Kommentar:</b> Es ist schlichtweg unredlich, wenn Politiker immer wieder so tun, als hätten wir bezüglich des Flugverkehrsaufkommens in diesen Tagen oder in nächster Zeit irgendeinen Entscheidungsspielraum! ES GIBT eine Betriebsgenehmigung bis zum 31. Oktober 2030; diese ist von unterschiedlichen Gerichten - auch bei Vorstoßen zu einem Nachtflugverbot - wiederholt bestätigt worden - sie ist bindend, auch wenn mitunter versucht wird, den Bürgern anderes zu suggerieren. Zu begrüßen sind jedoch alle Maßnahmen, die technologische Fortschritte wie den Einsatz leiserer Flugzeuge fördern (z.B. über eine steuernde Preisgestaltung). Auch hierbei darf an die Pflicht zur Abwägung für das Wohl der Menschen in der Region insgesamt erinnert werden. Der Frachtbetrieb hat einen enormen Einfluss auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region; und der Flugbetrieb im Passagierbereich wird von uns allen gerne und oft genutzt. Natürlich muss dabei alles getan werden, um die entstehende Belastung oder gar Gesundheitsgefährdung der Anwohner so weit wie möglich zu reduzieren.	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Der Fluglärm ist für die Bürger in weiten Teilen Refraths und Bensbergs - und weiterer Kommunen - störend und gesundheitsbedenklich.	JA <b>Kurzer Kommentar:</b>	JA <b>Kurzer Kommentar:</b> Aufgrund der ständig weiter zunehmenden nächtlichen Flugbewegungen unterstützen wir ein Nachtflugverbot in der Kernzeit von 0 Uhr bis 6 Uhr.

Zusammenfassung der Antworten der Kandidaten und Parteien auf acht Fragen der "Bürgerinitiative Frankenforst" im Vorfeld zur NRW-Landtagswahl 2017 - Stand 25.04.2017									
Partei - Kandidat	CDU Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidat Mdl. Holger Müller	Ortsverband Bergisch Gladbach Vorsitzender Andreas Ebert Stadtrat Wahlbezirk 18 – Refrath-Mitte / Klippekäusen	SPD Unterbezirk Bergisch Gladbach Direktkandidatin Vera Werdes	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Rhein-Berg Direktkandidat Friedhelm Weiß	FDP Kreisverband Rheinisch Bergischer Kreis Direktkandidatin Anita Rick-Blunk	DIE LINKE Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis	DIE LINKE Einzelratsmitglied T. Santilan	AfD - Stadtverband Direktkandidaten Thomas Kunze und Sebastian Wehrhauze	
Frage der BI-Frankenforst	JA	Weder JA noch NEIN	Weder JA noch NEIN	JA	Weder JA noch NEIN	JA	JA	JA	
Frage 7: Befworten Sie eine gleichberechtigte Beteiligung der Stadtteil- und Bürgerinitiativen am Planungsverfahren zum Flächennutzungsplan?	<b>Kurzer Kommentar:</b> Das ist Angelegenheit der Stadt Bergisch Gladbach. Grundsätzlich bin ich aber der Meinung, dass alle Beteiligten gleichermaßen einbezogen werden sollten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen. Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Gedult bis zum 20.06.2017 bitten. Ich bin aber nach wie vor gerne Bereit mit Ihnen ein persönliches Gespräch über diese Fragen zu führen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zurzeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen. Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Gedult bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zurzeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen. Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Gedult bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Es gilt, den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs unter Berücksichtigung der Infrastruktur zu integrieren. Im Vordergrund steht die Verdichtung von Innenbereichen. Dabei muss die Stadt im Grünen erhalten bleiben. Vorbild für die Entwicklung von Gewerbegebieten sollte das kreisweite Gewerbeflächenkonzept in Interkommunaler Zusammenarbeit sein. Gewerbegebiete müssen ökologischen Kriterien entsprechen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Ich sehe es nicht als meine Aufgabe als Landtagskandidatin an, detaillierte Vorstellungen für die Stadtentwicklung zu machen. Ich würde jedoch eine Zieldefinition für die Gesamtentwicklung unserer Stadt auf der Basis einer analytischen Betrachtung begrüßen, wie sich denn die Kosten-Nutzen-Relation unterschiedlicher Szenarien darstellt - als Entscheidungsgrundlage für die gewählten Vertreter, inwieweit der FNP nicht nur Machbares, sondern auch Sinnvolles enthält, auch im Hinblick darauf, was der Stadt dringend notwendige finanzielle Spielräume für eine Politik im Sinne ihrer Bürger eröffnet. Denn die Lebensumgebung der Menschen so zu gestalten, dass sie sich wohlfühlen und mit ihrer Stadt identifizieren: Das kostet Geld. Dass man zunehmend die Bürger dabei mitnimmt, wenn es um das „Gesicht“ ihrer Stadt geht, finde ich eine gute Entwicklung.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Die größtmögliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei wichtigen Entscheidungen wie dem Flächennutzungsplan ist für DIE LINKE. (nicht nur nach dem Baugesetzbuch) unverzichtbarer Bestandteil von gelebter Demokratie. Transparenz ist dabei eine wichtige Voraussetzung, um wirksam an Entscheidungen mitwirken zu können.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Wir begrüßen es, dass die Stadtverwaltung den aufwändigen Weg der Beteiligung der Bürger bei der Neu-Entwurf des FNP gegangen ist. Die verschiedenen Bürgerinitiativen fanden dabei Gehör, ihre Einwände wurden detailliert geprüft, viele davon sind in eine Neubewertung eingeflossen. Was jedoch bedeutet in diesem Zusammenhang „gleichberechtigt“? Wem gegenüber? Auch all die Bürger, die sich nicht zu Initiativen zusammen geschlossen haben (sei es aus mangelndem Interesse, sei es aus fehlender persönlicher Betroffenheit, sei es sogar, weil sie einverstanden sind mit der grundsätzlichen Ausrichtung) haben ein ebenfalls ein Recht und ein Interesse. Sie vertrauen darauf, dass Ihre gewählten Vertreter am Ende eine abwägende Entscheidung im Sinne des Gemeinwohles treffen - und bei der Verwaltung Nachbesserungen einfordern, wo sie Defizite sehen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Wir sind der Meinung, dass die Bürger immer in die sie betreffende Entscheidungen eingebunden werden müssen. Dies gilt für alle politischen Themen und daher natürlich auch für den vorgelegten Flächennutzungsplan.
Frage 8: Wie stellen Sie sich die zukünftige Stadtentwicklung für Gewerbe und Wohnbauland für Bergisch Gladbach für die Zukunft vor?	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	
	<b>Kurzer Kommentar:</b> Der Wohnwert in Bergisch Gladbach ist vergleichsweise hoch. Deshalb sollte man mit neuen Gewerbegebieten und Wohnbauland sehr behutsam umgehen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zur Zeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen. Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Gedult bis zum 20.06.2017 bitten. Ich bin aber nach wie vor gerne Bereit mit Ihnen ein persönliches Gespräch über diese Fragen zu führen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Sie fragen nach dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans, zu dem Sie selber eine Eingabe an die Stadt Bergisch Gladbach verfasst haben. Alle Eingaben werden zurzeit von der Stadtverwaltung aufbereitet und in der Ausschusssitzung am 10.05.2017 vorgestellt. Danach werden alle Eingaben in den politischen Gremien beraten. Eine Beschlussfassung soll, nach heutiger Planung, in der Ausschusssitzung am 20.06.2017 erfolgen. Bitte haben Sie Verständnis, dass uns alle Eingaben der Bürger gleich wichtig sind und wir alle Eingaben im Entscheidungsprozess gleich behandeln. Verbindliche Antworten auf Ihre Fragen, würden das Ergebnis vorwegnehmen. Deshalb muss ich Sie um Gedult bis zum 20.06.2017 bitten.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Es gilt, den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs unter Berücksichtigung der Infrastruktur zu integrieren. Im Vordergrund steht die Verdichtung von Innenbereichen. Dabei muss die Stadt im Grünen erhalten bleiben. Vorbild für die Entwicklung von Gewerbegebieten sollte das kreisweite Gewerbeflächenkonzept in Interkommunaler Zusammenarbeit sein. Gewerbegebiete müssen ökologischen Kriterien entsprechen.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Ich sehe es nicht als meine Aufgabe als Landtagskandidatin an, detaillierte Vorstellungen für die Stadtentwicklung zu machen. Ich würde jedoch eine Zieldefinition für die Gesamtentwicklung unserer Stadt auf der Basis einer analytischen Betrachtung begrüßen, wie sich denn die Kosten-Nutzen-Relation unterschiedlicher Szenarien darstellt - als Entscheidungsgrundlage für die gewählten Vertreter, inwieweit der FNP nicht nur Machbares, sondern auch Sinnvolles enthält, auch im Hinblick darauf, was der Stadt dringend notwendige finanzielle Spielräume für eine Politik im Sinne ihrer Bürger eröffnet. Denn die Lebensumgebung der Menschen so zu gestalten, dass sie sich wohlfühlen und mit ihrer Stadt identifizieren: Das kostet Geld. Dass man zunehmend die Bürger dabei mitnimmt, wenn es um das „Gesicht“ ihrer Stadt geht, finde ich eine gute Entwicklung.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die Bergisch Gladbach zu einer wachsenden Stadt machen. Davon profitiert auch der Stadthaushalt - mehr als vom Gewerbe. Wir wollen, dass unsere Stadt ein attraktiver Wohnstandort bleibt, nicht nur für junge Familien, sondern auch für Senioren. Damit Wohnen auch für Geringverdienere und Empfänger von Transferleistungen wieder bezahlbar wird, setzt sich DIE LINKE für den Bau bezahlbaren Wohnraums ein. Dabei müssen Natur und Naherholungsmöglichkeiten erhalten bleiben.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Wir benötigen eine moderne zu zukunftsgerichtete Stadtplanung, die uns und weiteren Generationen ein lebenswertes Bergisch Gladbach sichert. Der vorliegende Entwurf zum Flächennutzungsplan orientiert sich in einer alten und längst überholten und zerstörerischen Industriepolitik und Wachstumslauben. Eine moderne Planung muss einen Ausgleich der Interessen der Menschen herstellen. Dazu gehören natürlich auch die wirtschaftlichen Anforderungen, um Arbeitsplätze abzusichern. Dabei darf es aber nicht sein, dass ein Teil der Menschen und die Umwelt alle Lasten tragen muss, während andere nur davon profitieren und aber selbst nichts abgeben wollen. Die Bürgerinnen und Bürger im Frankenforst haben schon heute unter massiven Beeinträchtigungen zu leiden. Ich selbst bin hier aufgewachsen und lebe seit mehr als 50 Jahren immer noch hier. Bergisch Gladbach stößt an die Grenzen des Wachstums: Eine rücksichtslose Fixierung auf den Ausbau von Gewerbeflächen mit der Brechstange und gegen den Willen der Bevölkerung blockiert moderne Ansätze für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung und einen Flächennutzungsplanung, welche Leben, Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Mobilität, Kultur und Umweltschutz miteinander verbindet. Hier muss ein Umdenken erfolgen, welche zukünftig zuerst den Menschen als Teil unserer Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Es gibt effektive Alternativen, aber man denkt und plant diese nicht. Wir brauchen eine grundsätzliche, offene und demokratische Debatte über die Zielsetzung für die Entwicklung der Stadt, die auch andere Perspektiven und alle Bürgerinnen und Bürger einbezieht.	<b>Kurzer Kommentar:</b> Bergisch Gladbach leidet unter einer engen Verflechtung zwischen großen Gewerbegebieten in innerstädtischer Lage und den sie umgebenden Wohngebieten. Langfristige Perspektive sollte es sein, diese Verflechtung aufzulösen. Dabei sollten die innerstädtischen Gewerbegebiete in Wohn- oder Erholungsgebiete umgewandelt werden. Die Industrie- und Gewerbeflächen sollten an den Stadtrand verlagert werden. Diese würde auch zu einer deutlichen Verkehrsentslastung im innerstädtischen Bereich führen, der an Attraktivität und Lebensqualität gewinnen würde.	